

China 4.0: Reaktionen in Partei und Gesellschaft auf die digitale Transformation

Schulze, David; Godehardt, Nadine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schulze, D., & Godehardt, N. (2017). *China 4.0: Reaktionen in Partei und Gesellschaft auf die digitale Transformation*. (SWP-Aktuell, 1/2017). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50272-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

China 4.0

Reaktionen in Partei und Gesellschaft auf die digitale Transformation

David Schulze / Nadine Godehardt

Die Entwicklung des chinesischen Internets hat 2016 bei ausländischen Beobachter/innen immer wieder Aufsehen erregt. Verantwortlich dafür waren Rekordumsätze im Internethandel, weitreichende Hackerangriffe auf Privatfirmen und Behörden, gigantische Investitionsprogramme für Start-ups, ein neues kontroverses Internetgesetz und die Zunahme der staatlichen Internetzensur. China 4.0 steht gleichermaßen für Kontrolle und Kreativität. Wie passt das zusammen? Wie diskutiert die chinesische Öffentlichkeit über Chancen und Risiken der digitalen Transformation? Welche Ziele verfolgt die Regierung des Landes, etwa mit ihren Strategien »Big Data« und »Internet Plus«? Und was bedeutet das neue Gesetz zur Internetsicherheit, das im Juni 2017 in Kraft treten wird? Neue Rahmenbedingungen werden geschaffen, die langfristig die Zusammenarbeit mit China in Fragen der Digitalisierung definieren können. Eine Analyse von Stimmen aus Partei, Wirtschaft, Militär und Wissenschaft gibt Aufschluss über die Positionen, die den chinesischen Diskurs zu dem Thema gegenwärtig prägen. Dabei geht es auch um die Frage, inwiefern China ein Labor für die digitale Zukunft der Welt sein könnte.

Am 16. November 2016 versammelten sich Vertreter/innen der international größten IT-Unternehmen auf der dritten Welt-Internet-Konferenz, die in der Nähe von Shanghai abgehalten wurde. Chinas Staatspräsident Xi Jinping bekräftigte in seiner Videobotschaft zum Auftakt der Tagung eine chinesische Vision für das Internet der Zukunft – es solle bestimmt sein durch internationale Zusammenarbeit, nationale Souveränität, Ausbau der weltweiten Infrastruktur und Förderung der nationalen Internetwirtschaft. Diese Eckpunkte spiegeln sowohl die neue Rolle, die

China im globalen Internet spielen will, als auch die Entwicklung im Inland wider.

Auf den Welt-Internet-Konferenzen, die in China seit 2014 stattfinden, präsentiert sich das Land einerseits als digitaler und weltoffener »global player«. Andererseits zeigt ein genauerer Blick auf die Reden von Xi anlässlich dieser Tagungen, dass es der Regierung primär um Aufbau und Sicherung des nationalen Internets und der heimischen Internetwirtschaft geht. Die chinesische Führung unter Xi bemüht sich folglich um einen politischen Balanceakt – zwischen Öffnung, Innovation und inter-

nationaler Kooperation auf der einen Seite sowie Kontrolle von Kerntechnologien und Sicherung nationaler (das heißt digitaler) Souveränität auf der anderen.

Digitalisierung als ein zentrales politisches Ziel

Das Bestreben, China effektiv zu digitalisieren, ist ein zentraler Baustein von Xis politischer Strategie. Digitale Innovationen und Technologien sollen das nationale Wirtschaftswachstum langfristig stützen. Dabei bietet Digitalisierung dem Land auch eine Chance, die westlichen Industrienationen ökonomisch zu überholen und zu einer IT-Supermacht aufzusteigen. Politische Initiativen wie die »Internet Plus«- und die »Big Data«-Strategie, beide 2015 vom Staatsrat beschlossen, untermauern die Ambitionen der Regierung Xi, den »chinesischen Traum« mit allen Mitteln zu verwirklichen – den Wiederaufstieg des Landes zur Großmacht. Gleichzeitig geben »Internet Plus« und »Big Data« die Richtlinien vor, an denen sich Regierung, Medien und Wirtschaft orientieren müssen.

Die beiden Strategien unterstreichen die Vorteile der neuen Informationstechnologie für Wirtschaft und Staat. So könnten Kosten gesenkt, die Effizienz erhöht und die Produktivität gesteigert werden. Einerseits werden dabei die Reform- und Investitionsaufgaben der Regierung in den Blick genommen; andererseits betont man die Notwendigkeit von Datensicherheit und -kontrolle. Bei »Big Data« etwa geht es konkret um Sammlung, Austausch und automatisierte Analyse von Daten durch die Regierung und Unternehmen. Das Potential der IT-Entwicklung und deren Transformationskraft werden mit der Industriellen Revolution verglichen. In ähnlicher Weise, heißt es, werde die Digitalisierung alle Bereiche von Alltag und Gesellschaft nachhaltig verändern.

Überdies zielt die Regierung darauf, nach außen hin Chinas militärische Verwundbarkeit und technologische Abhängigkeit zu verringern sowie seine weltpoli-

tische Mitsprache zu stärken. Digitalisierung ist somit ein Codewort für das Bestreben, Chinas wirtschaftliche Bedeutung langfristig sicherzustellen, damit das Land als globale IT-Macht mehr Einfluss in internationalen Gremien nehmen kann.

Die internen Entscheidungs- und Kontrollprozesse der Regierung im Bereich Digitalisierung sind bereits zentralisiert, seit 2014 die »Zentrale Führungsgruppe für Internetsicherheit und Informatisierung« sowie die »Cyberspace Administration of China« gegründet wurden. Diese strukturellen Veränderungen, die zahlreichen Reden von Präsident Xi Jinping und Premierminister Li Keqiang sowie die nationalen Strategiepapiere bilden erste Eckpunkte einer chinesischen Vision für die Zukunft der (weltweiten) Internet-Governance. Gegenwärtig werden vor allem nationale Richtlinien, Standards und Prozesse festgelegt. Diese könnten mittelfristig allerdings bewirken, dass die Zusammenarbeit mit China vor allem im Bereich der digitalen Wirtschaft erschwert wird; denn hier müssen die Rechte ausländischer Unternehmen im Land jedes Mal neu ausgehandelt werden. Gleichzeitig betont die chinesische Regierung jedoch ihre Offenheit für internationale Kooperation. So bekundete sie bereits auf dem ersten EU-China-Roundtable zur digitalen Kooperation im Juli 2015, sie habe Interesse an einer europäisch-chinesischen Zusammenarbeit im »Cyberraum« sowie – in Anlehnung an die neue Entwicklungsinitiative der Regierung Xi – am Aufbau einer »digitalen Seidenstraße«.

Dass Chinas Entscheidungen bereits Auswirkungen auf die globale Wirtschaft haben, zeigt das neue Gesetz zur Internetsicherheit, das am 7. November 2016 verabschiedet wurde. Schon die Entwürfe dazu wurden im westlichen Ausland sehr kritisch diskutiert. Denn mit diesem Gesetz rückt die chinesische Regierung noch stärker als zuvor das Gefahrenpotential des Internets und die Kontrollfunktion des Staates in den Vordergrund. Als Ziele nennt das Gesetz zum einen die Verteidigung nationaler und ziviler Interessen, der kriti-

schen Infrastruktur und des gesellschaftlichen Friedens, zum anderen den persönlichen Schutz vor Internetkriminalität und Datendiebstahl. Neben konventionellem Datenschutz und Cyber-Abwehr besteht die größte Neuerung jedoch darin, dass die Anonymität im Netz aufgehoben wird. Internetbetreiber müssen nun die Identität der Nutzer/innen eindeutig feststellen, wenn sie Netzzugänge oder Datendienste anbieten; ansonsten riskieren sie Strafzahlungen und Geschäftsschließung. Außerdem dürfen Daten, die Betreiber von »digitaler Schlüsselinfrastruktur« im Inland sammeln, nur noch dort gespeichert werden. Weiterleitungen ins Ausland bedürfen einer Sicherheitsprüfung und der Zustimmung durch Regierungsorgane. Dies betrifft vor allem ausländische Firmen und deren Datenverkehr. Insofern hat Chinas Gesetz zur Internetsicherheit auch globale Konsequenzen. Gleichzeitig liefert es einen Hinweis darauf, welche Prioritäten das Land bei einer globalen Verregelung der Digitalisierung setzen könnte.

Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft

China befindet sich in einem Stadium der rasanten Digitalisierung – wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch. Trotz einer regional unterschiedlich starken Breitband-Erschließung rückte es 2014 in die Reihe jener Länder vor, die eine Internet-Durchdringung von mehr als 50 Prozent aufweisen.

In den Küstenregionen und Metropolen ist die Vernetzung bereits auf dem Niveau westlicher Industrieländer. 2015 stiegen die Investitionen im chinesischen IT-Kommunikationssektor um 34,5 Prozent, schneller als in allen anderen Bereichen. Indirekt betroffene Wirtschaftszweige wuchsen ebenso, das Express-Lieferantengewerbe etwa um 48 Prozent. Insgesamt gab es 20,7 Milliarden Zustellungen, 15 Milliarden mehr als noch vor vier Jahren. Zudem leben die meisten Internetnutzer/innen der Welt in China; ihre Zahl wächst stetig weiter. Nahe-

zu alle chinesischen Netizens nutzen dabei das mobile Internet (92,5 Prozent); ein Viertel verwendet das Smartphone als einzigen Zugang zum Netz (24,5 Prozent).

Die neuen Technologien finden in der breiten Bevölkerung begeisterten Zuspruch. Kommunikation, Einkäufe und Bezahlungen finden zunehmend über das mobile Internet statt. WeChat, ursprünglich eine Smartphone-Anwendung für Sofortnachrichten (ähnlich wie WhatsApp), hat sich seit 2011 zu einer universellen Plattform für das gesellschaftliche Leben entwickelt. Die vom Internetriesen Tencent produzierte App wird gleichermaßen von Schulen, Unternehmen, der Regierung und Privatpersonen genutzt. Innovative Funktionen, die kulturelle Traditionen unterstützen und erweitern, erhöhen die Identifikation mit der Anwendung. Das gilt etwa für das elektronische Versenden von *Hong Bao*, ursprünglich Umschläge mit Geldgeschenken, die Freunden und Verwandten zu feierlichen Anlässen überreicht werden.

Über 97 Prozent aller Internetnutzer/innen in China verwenden WeChat. Etwa 420 Millionen Menschen versandten zum chinesischen Neujahr 2016 Geldgeschenke über die Anwendung. Die schnelle und unkomplizierte Kommunikation sowie die integrierten Funktionen für Kontoführung, Investition und Spekulation, für Einkäufe, Bestellungen, Navigation etc. machen die Anwendung auch nützlich für Wanderarbeiter/innen, Kleinstunternehmer/innen und Menschen in abgelegenen Gebieten. Kontaktpflege, Koordination und Austausch in größeren Gruppen und über weite Distanzen lassen sich mit dieser einen Anwendung betreiben; das ist einfacher und effizienter als eine Kombination aus E-Mail, SMS und anderen Apps. WeChat wird jetzt schon zur Anmeldung im öffentlichen WLAN eingesetzt und zunehmend auch von öffentlichen Einrichtungen, etwa für Terminanfragen bei Krankenhäusern. Die Volksbefreiungsarmee (VBA) nutzte 2014 die Anwendung, um chinesische Blauhelme im Auslandseinsatz mit Partei-Nachrichten zu versorgen.

WeChat ist ein Sinnbild für China 4.0. Zum einen ist es eine Super-App, für die in kürzester Zeit immer mehr Funktionen entwickelt worden sind. Kommunikation

Tabelle 1
China: Wachstum durch Digitalisierung

	Anteil der Internet-Branche am BIP ^a und Weltrang	IT-Komm. / Software (Invest. in Sachvermögen Mrd. EUR)	Jährliche Unternehmensgründungen (Millionen)
2010	3,3% (7.)	31,89	1,76
2011		28,98	2,00
2012		35,87	1,96
2013	4,4% (5.)	41,12	2,50
2014		54,69	3,65
2015			4,44

a <<http://tech.sina.com.cn/i/2014-07-25/10509516789.shtml>>.

Quelle: National Bureau of Statistics, <<http://data.stats.gov.cn/easyquery.htm?cn=C01&zb=A0G0T&sj=2013>>.

findet in China fast ausschließlich über diese App statt. Zum anderen verlassen viele chinesische Netizens die App auch bei ihren sonstigen Aktivitäten im Internet nicht mehr. So wird das Internet zu einer Art (WeChat-) Intranet. Die App ist ein Beispiel dafür, welche Entwicklungen das mobile Internet in Zukunft nehmen kann.

Die Internetwirtschaft bietet aber nicht nur Möglichkeiten für große, bereits etablierte IT-Unternehmen, sondern ist gerade auch für die steigende Zahl an Hochschulabsolventen im Land attraktiv. Da Chinas Wirtschaftswachstum sich verlangsamt, gründen viele von ihnen, ermutigt von der Regierung, Start-up-Unternehmen in Bereichen wie Unterhaltung, Technologie oder Finanzen. Letztes Jahr wurde das Volumen des Staatsfonds für Start-up-Investitionen verdreifacht – auf 1,5 Billionen Renminbi (206 Milliarden Euro). Das entspricht dem Fünffachen aller übrigen Risikokapitalfonds auf der Welt. 780 Regierungsfonds, davon die meisten auf Provinz- und Stadtebene, beobachten landesweit die Start-up-Branche und evaluieren potentielle Kandidaten. Teilweise werden Wettbewerbe ausgeschrieben, bei denen Start-up-Gründer/innen eine Jury aus Fonds-Verwalter/innen

überzeugen müssen. Anders als früher erhalten die Gewinner nicht mehr direkte Zuschüsse, sondern Risikokapital, Zugang zu Arbeitsmaterial und Betreuung beim Unternehmensaufbau. So soll die Erfolgsrate nachhaltig gesteigert und ein Investitionsmarkt geschaffen werden, an dem in Zukunft mehr private Investoren teilnehmen können.

In der jungen Industrie können Gründer/innen zu Milliardär/innen werden. Dies zeigt das Beispiel von Wang Tao, dessen Firma DJI im Jahr 2016 mehr als 50 Prozent des nichtmilitärischen US-Drohnenmarktes kontrollierte. Xiaomi, ein chinesischer Smartphone-Hersteller, ist das wertvollste Start-up der Welt, bei einem Marktwert von 46 Milliarden US-Dollar. Mit einem vom französischen Designer Philippe Starck konzipierten Smartphone, das Ende 2016 in China ausgeliefert wurde, übertrifft Xiaomi erstmals Apple als Hersteller innovativer Smartphones.

Der Erfolg vieler Unternehmen motiviert Gründer/innen und Entwickler/innen. Einige von ihnen, wie Qin Zheng, der CEO von ANTVR, einem Technologie-Start-up für Virtual Reality (VR), sehen Internet, künstliche Intelligenz und virtuelle Realität als Chance, Frieden und Verständigung zwischen Menschen auf der ganzen Welt zu erreichen. Seine Firma gestaltet ein universelles VR-Gerät, das anders als Produkte von Google oder Apple mit allen Smartphones und Computern kompatibel sein soll. Das Headset und der verstellbare Controller lassen sich durch Anwender/innen und Entwickler/innen verändern und weiterentwickeln. Über mangelnde Aufmerksamkeit kann der 29-jährige Raumfahrt-Ingenieur Qin Zheng nicht klagen. Er hat bereits den chinesischen Vizepräsidenten Li Yuanchao getroffen, ebenso den ehemaligen französischen Premierminister Jean-Pierre Raffarin und eine Delegation junger polnischer Parlamentarier. Chinesische Online-Medien sprechen von »VR-Diplomatie«. Qin Zheng selbst lässt verlauten: »Ich möchte der Welt nur sagen: Auch Chines/innen können bahnbrechende Technologien erforschen.«

Digitale Herausforderungen für den Bildungssektor

Bei allem Enthusiasmus gegenüber der digitalen Entwicklung diskutiert man in China aber auch die damit verbundenen Risiken für Staat und Gesellschaft. In wissenschaftlichen Studien, Pressebeiträgen und Online-Veröffentlichungen haben Expert/innen entsprechend Stellung bezogen. So sehen sie etwa im Bereich Pädagogik das Internet als eine Herausforderung für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere was deren Weltbild und Wertesystem betrifft. Sie vertreten das Konzept einer digitalen Zivilcourage, das darauf zielt, Verantwortungsbewusstsein und Einsatzbereitschaft zugunsten einer »harmonischen und geordneten Entwicklung der digitalen Gesellschaft« zu schaffen. Zu den Risiken einer langfristigen Nutzung digitaler Produkte zählen die Autoren diverse Abhängigkeiten, die Förderung von Gewalt oder Spielsucht, emotionale Erpressung und Realitätsentfremdung, aber auch gesundheitliche Schäden. Der Trend zur Digitalisierung von Arbeit und Bildung birgt für sie die Gefahr von Verantwortungslosigkeit, Egoismus und Plagiarismus; befürchtet wird letztlich eine gesellschaftliche Destabilisierung durch Lügen, Gerüchte, Mobbing und Hackerangriffe.

Dem stehen die Möglichkeiten gegenüber, welche die Digitalisierung zur Verbesserung des Unterrichts bietet – des selbständigen und des weiterbildenden Lernens ebenso wie des Fernstudiums. Ein Beispiel dafür ist die Website »YiBan«, eine gemeinnützige Plattform für Bildung, Alltagsleben und Unterhaltung. Gegründet 2007, zeigt sie, wie ein virtueller Universitätscampus aussehen könnte. Gefördert wird damit nicht nur die interne Organisation von Lehre und außeruniversitären Aktivitäten, sondern auch der inhaltliche Austausch zwischen den Hochschulen.

2014 hat die chinesische Regierung an Universitäten eine Reihe von Büros für Internetbildungsarbeit ins Leben gerufen. Sie reagierte damit auf besorgniserregende

Fälle von Mobbing, Gewalt und Suiziden an Hochschulen des Landes – Vorkommnisse, für die eine ungenügende soziale Integration unter Studierenden verantwortlich gemacht wird. Mit den neuen Einrichtungen soll zugleich deren ideologische Bildung verbessert werden. Unter Leitung des Bildungsministeriums, genauer der dortigen Abteilung für ideologische und politische Arbeit, sollen die lokalen Büros die Digitalisierung der höheren Bildung unterstützen. Eine vergleichbare Initiative für die Grund- und Mittelschulen des Landes gibt es derzeit noch nicht.

Die Digitalisierung als Bedrohung

Im militärischen Diskurs des Landes nehmen Internet und Digitalisierung eine wichtige Rolle als große neue Bedrohungsquelle ein. In einem Aufsatz für das Theorie-Journal *Qiu Shi*, das von der Zentralen Parteischule in Beijing herausgegeben wird, zitiert Yuan Yi die Worte von Präsident Xi: »Ohne Netzwerksicherheit gibt es keine nationale Sicherheit.« Der Autor ist Absolvent der Akademie für Militärwissenschaften der Volksbefreiungsarmee. Wie er schreibt, sei mit dem Internet nach Land, Meer, Luft und Weltraum ein fünftes Schlachtfeld entstanden. Bei allen wirtschaftlichen Fortschritten könne sich die militärische Bedrohung aus dem Netz zur »Achillesferse« für die nationale Sicherheit erweisen. Angeführt werden mehrere konkrete Beispiele für die subversive Wirkung von Cyber-Attacken – so die erfolgreichen Hackerangriffe aus Russland auf kritische Infrastruktur in Estland, ein entsprechendes Vorgehen gegen das Regime al-Gaddafis im libyschen Bürgerkrieg 2011 sowie die Rolle von Online-Bewegungen im »Arabischen Frühling«. Als Gegenmaßnahmen empfiehlt der Autor, Spezialisten auszubilden, militärische Technologie zur Abwehr und Schwächung feindlicher Angriffe aufzubauen sowie – im Sinne der Abschreckung – psychologische Kampfmittel zu entwickeln, mit denen sich die öffentliche Meinung in anderen Län-

dem beeinflussen lässt. Als Vorbild für eine Koordination der Erforschung von Cyber-Kriegführung empfiehlt Yuan Yi das »Plan X«-Programm der amerikanischen Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), bei der akademische, industrielle, kommerzielle und private Expertise zusammenläuft. DARPA wurde 1958 gegründet, um die technologische Überlegenheit der USA durch gezielte Förderung zu sichern. Die Behörde führt selbst keine Forschung durch, sondern koordiniert, evaluiert und finanziert entsprechende Projekte, wie seinerzeit etwa ARPANET, den Vorläufer des Internets.

Andere Expert/innen betonen dagegen die Gefahr, dass die Verbreitung von falschen und schädlichen Informationen im Netz das Militär als politische Institution bedrohen könnte. Die ideologische Ausbildung der Soldat/innen, so die Kritik, halte nicht Schritt mit der Entwicklung des Internets als Quelle von Informationen, Ideen und Unterhaltung. Nötig seien eine bessere Ausbildung zu politischen wie technischen Aspekten des Internets, der Aufbau eines effektiven politischen Angebots im Netz und die Kontrolle der öffentlichen Meinung zu Fragen des Militärs.

Konkreter diskutiert werden solche Anregungen von Dozent/innen der VBA-Akademie für Kommunikationswissenschaften in Chongqing. Sie weisen darauf hin, dass die traditionelle Kulturarbeit der Armee an Bedeutung verloren habe und eine entsprechende Reform notwendig sei. Ihr Fokus liegt dabei auf dem Smartphone-Internet, das eine »Mikro-Revolution« eingeläutet habe. Mobile Blogs, Nachrichtendienste, Musik- und Filmangebote hätten die Funktionsweise der herkömmlichen Kulturarbeit des Militärs in Frage gestellt. Nur durch die Entwicklung von »Mikro-Ideen« und »Mikro-Strategien« könne eine militärische Kommunikationsreform gelingen. Dabei verwenden die Autor/innen Begriffe wie »Volksnähe« und »Vermenschlichung«, um zu beschreiben, wie die Medien sich auf die Netizens einstellen müssten. Anonymität und Virtualität des Internets können

ihrer Ansicht nach sogar vorteilhaft sein für die Kommunikation innerhalb des Militärs, weil diese Faktoren den Einfluss von Rangvorstellungen abschwächen. Verbessern lasse sich überdies sowohl die Kommunikation zwischen den Generationen im Militär als auch der Austausch zwischen Armee und Bevölkerung.

Die Kommunikationsexpert/innen empfehlen eine Strategie der Militärkultur-Medien, die erstens der »Mikro-Welt« eine aktivere Rolle zuweist, zweitens den Bedürfnissen von Netizens entsprechend Spiel und Ausbildung verknüpft und drittens darauf zielt, Anstrengungen der Medien zu koordinieren, damit eine »vereinigte Front im Internet« entstehen kann. Dafür müssten zum Beispiel eigene Apps entwickelt werden, die die militärische Ausbildung sinnvoll erweitern und ergänzen, gleichzeitig aber in der digitalen Leitkultur anschlussfähig bleiben.

Goldene Aussichten, düstere Zukunft?

In diesen sehr unterschiedlichen Diskursen wird eine Vielzahl von Chancen, Risiken und Bedrohungen angesprochen, die mit Chinas digitaler Transformation einhergehen. Angesichts der rasanten, oft schwer vorhersehbaren Entwicklungen ist allerdings nicht gesagt, ob sich die Optimist/innen, die eine bessere Zukunft durch Technik erwarten, oder die Realist/innen, die vor unkalkulierbaren Risiken warnen, mit ihrer Meinung durchsetzen werden. Dennoch versuchen einige Fachleute, einen allgemeinen Trend bei der Digitalisierung zu identifizieren. So betont etwa Yun Yanhui, Expertin am China Center for Information Industry Development (CCID), mit den Fortschritten in der mobilen Kommunikations- und Internettechnologie sei das Gefühl gewachsen, »im Digitalen gefangen zu sein«. Das »zu schnell« und »zu nah« bewirke den Verlust eines persönlichen Raumes. Die bloße Menge an gesammelten Daten führe zu einer Abhängigkeit von auswertenden Algorithmen, von den Firmen, die sie an-

bieten, und von den Regierungsbehörden, die sie kontrollieren. Yun Yanhui entwirft die Dystopie einer »digitalen Diktatur«, in der die Menschen diesen mächtigen Institutionen ausgeliefert seien. Gleichzeitig verlieren sie ihre eigene Subjektivität, weil die menschliche Expertise gegenüber Maschinen zurücktrete.

Während es laut Techno-Optimist/innen goldene Aussichten gibt, beschreibt diese Vision eine düstere Zukunft, in der die Gesellschaft in polarisierte Gruppen zerfällt, die nicht mehr in Kontakt zueinander stehen und keine gemeinsamen Organisationen anerkennen. Die Spaltung werde noch dadurch verstärkt, dass den wenigen Kreativen, die die Technik verstünden, eine viel größere Zahl an Konsument/innen gegenüberstehe, von denen digitale Produkte nur noch genutzt würden. Zudem sei davon auszugehen, dass sich die Lage der marginalisierten Gruppen auf der anderen Seite des »digitalen Grabens« noch vergrößere. Dies betrifft jene Menschen, die keinen ausreichenden Zugang zum Internet und den damit verbundenen Ressourcen wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Art haben. Ideen für den Widerstand gegen eine solche Entwicklung findet Yun Yanhui bei den Anfängen des Internets. Werte wie Gleichheit und Selbstbestimmung, die ursprünglich mit dem Netz assoziiert wurden, sollten eine Kooperation zum gemeinsamen Vorteil der unterschiedlichen Gruppen in der Gesellschaft befördern. Notwendig dafür seien ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl und ein öffentliches Bewusstsein für den Wert persönlicher Rückzugsräume.

Erste Anzeichen dafür, dass ein solches Bewusstsein entsteht, zeigten sich im Januar 2016, als der Gründer von WeChat, Zhang Xiaolong, dazu aufrief, die Zahl der verschickten Nachrichten zu begrenzen, um die Nutzer/innen nicht zu überlasten. Die Nachrichtenagentur Xinhua berichtete im Zusammenhang mit WeChat von einer »Informationsexplosion«. Wenn Vorgesetzte und Arbeitskolleg/innen auch am Wochenende ständig Nachrichten verschickten, trage dies dazu bei, dass sich viele Nutzer/

innen von der Plattform »in Geiselhaft genommen« fühlten.

Doch es gibt auch Forscher/innen, die der Entwicklung optimistischer gegenüberstehen. Chen Chuan, Dozent am Soziologischen Institut der Zentralen Parteischule in Beijing, erkennt zwar das Risiko an, dass sich Meinungs-Parallelgesellschaften im Internet bilden. Er sieht im Netz aber auch das Potential, gesellschaftliche Konflikte zu reduzieren. Spannungen abschwächen könne das Internet insbesondere bei der Kommunikation zwischen Staat und Bevölkerung. Hier bezieht sich der Autor auf das existierende Feedbacksystem der Regierung, das häufig Anlass für Unzufriedenheit und Konflikte ist. Formale Petitionswege sind langsam und ineffektiv; informeller Protest oder stillschweigende Übereinkünfte mit lokalen Verwaltungen wiederum sind unsicher, intransparent und unfair. Durch einen anerkannten, legalen Mechanismus zur Entscheidungsfindung, der die Bevölkerung beteilige, so Chen Chuan, könnten die Regierungen auf Kreis-, Provinz- und nationaler Ebene noch mehr Menschen noch besser repräsentieren. Das würde die Legitimität der Partei in der Bevölkerung deutlich erhöhen. Damit aus einer Gewalt- eine Konsensherrschaft werden könne, bedürfe es allerdings mehr Fairness, mehr Gerechtigkeit und mehr Transparenz.

China als Labor für die digitale Zukunft

In vielen Bereichen gleicht China einem Labor für die digitale Zukunft. Die Schnelligkeit der digitalen Transformation des Landes, verbunden mit der gleichzeitigen Nutzung neuer digitaler Technologien durch oft mehrere Hundert Millionen Menschen, ermöglicht Erkenntnisse, die an anderen Orten nicht gewonnen werden können.

Unter der Führung von Xi Jinping ist das Thema digitale Transformation endgültig zur Chefsache erklärt worden. Dabei geht es nicht mehr nur um Abschottung und

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Kontrolle des Internets mit Hilfe der »Great Firewall« – so der inoffizielle Name des chinesischen Internetzensurprogramms –, sondern auch um die Förderung der Kreativität innerhalb des chinesischen Internets. Die Regierung sieht in der Digitalisierung zudem die Chance, sich an die Spitze eines Fortschritts zu stellen, der Wohlstand und Weltmachtstatus verspricht. Dies untermauern die umfassende nationale Digitalisierungsstrategie, die Initiative »Internet Plus«, die neue Gesetzgebung zur Internetsicherheit sowie das ambitionierte langfristige Ziel, technologische Maßstäbe bei Internetinfrastruktur, Internetwirtschaft und Internetsicherheit zu setzen.

Gleichzeitig thematisiert die Regierung aber auch sicherheitspolitische Risiken, technologische Abhängigkeiten und militärische Schwachstellen, die die Digitalisierung mit sich bringt. Diese Sorgen spiegeln die Warnungen chinesischer Militärexpert/innen wider, die noch expliziter ansprechen, welche Konsequenzen unkontrollierte Diskussionen und die Verbreitung von Soft Power im Internet haben können. Technologische Unabhängigkeit sollte ihrer Meinung nach mit kulturellem Einfluss und mit Meinungshoheit einhergehen, um ausländischer Unterwanderung sowie kriminellen und terroristischen Machenschaften vorzubeugen.

Wirtschaftspolitisch gilt die Digitalisierung als »neue Industrielle Revolution«, die Effizienz und Output sowohl in der Wirtschaft als auch in der Verwaltung erhöhen soll. Die Regierung schafft Anreize für innovative Unternehmensgründungen, fördert die Entwicklung neuer Technologien und kann sich dabei auf die Unterstützung der Privatwirtschaft verlassen. Eine besondere Rolle spielen Vorreiter-Unternehmen wie Alibaba, eines der wichtigsten E-Commerce-Unternehmen Chinas, Tencent oder Xiaomi, die neue Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze schaffen und Nachahmer/innen inspirieren. Die Internetwirtschaft wird zu einer Quelle potentiell nachhaltigen Wachstums und zu einem gesellschaftlichen Machtfaktor. Die Bevölkerung profi-

tiert von den neuen Produkten und Dienstleistungen; viele Menschen hoffen, dass der technische Fortschritt in eine bessere Zukunft mit weniger Armut, Ungerechtigkeit und Konflikten führt.

Andere Expert/innen sehen das Risiko von sozialer Polarisierung und Entfremdung im Netz. Kinder, Jugendliche und Studierende laufen demnach Gefahr, sich in virtuellen Phantasiewelten vom Rest der Gesellschaft abzukoppeln und dabei Opfer von Sucht, Kriminalität oder Ausgrenzung zu werden. Zudem könnten Unternehmen und sogar die Regierung der Versuchung erliegen, Entscheidungen an Big-Data-Algorithmen zu delegieren, die menschliche Institutionen langfristig entmündigen.

Die Themen und Fragen, die den innerchinesischen Diskurs zur digitalen Zukunft prägen, beschäftigen in großen Teilen auch Staaten und Gesellschaften jenseits der »Great Firewall«. Es gibt daher eine ganze Reihe von möglichen Anknüpfungspunkten für den Austausch zwischen Deutschland bzw. EU und China über die sozialen, wirtschaftlichen wie politischen Herausforderungen der Digitalisierung. Konkrete Ergebnisse existieren etwa schon im Bereich des »Internets der Dinge«, zu dem die EU und China 2016 ein gemeinsames Weißbuch verabschiedet haben. Darüber hinaus ist es wichtig, das Querschnittsthema Digitalisierung auch in bestehende Dialogmechanismen zwischen Deutschland/EU und China zu integrieren, damit auf ganz unterschiedlichen Themenfeldern gemeinsame Standards für die digitale Zukunft erarbeitet werden können. Denn langfristig erfordert die Sicherheit von Daten und (kritischer) Infrastruktur globale Lösungen. Nur so wird sich die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auch im digitalen Zeitalter gewährleisten lassen.